

Auf der FERPA-Generalversammlung in Torremolinos (Spanien) von 16.-17. April 2009 wurde auf Grundlage des Berichts des Generalsekretärs die Lage des Verbandes zwei Jahre nach dem Kongress in Brüssel im Mai 2007 diskutiert. Nach einer eingehenden und umfangreichen Debatte wurden die aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Themen, die die Politik von FERPA in nächster Zeit bestimmen sollen, bestimmt. Insbesondere richtete die Generalversammlung ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte:

Bestätigung der Grundprinzipien von FERPA und der Rechte von PensionistInnen und älteren Menschen in Europa

Wir bekräftigen die Gültigkeit der Gründungsprinzipien von FERPA und ihrer Forderungen über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren, die in der politischen und gewerkschaftlichen Praxis über die Jahre verwirklicht und in der „Charta der Rechte älterer Menschen in Europa“ festgelegt wurden. Insbesondere:

Das Recht auf Würde

Jeder Mensch hat Anspruch auf die Achtung seiner Würde und auf Achtung des Privatlebens. Dieses Prinzip gilt insbesondere für ältere und schutzbedürftigere Menschen, die mit ihren Familien oder in Pflegeeinrichtungen, einschließlich Altenheimen, leben. Es ist notwendig zu gewährleisten, dass diese Menschen angemessene Pflege von qualifiziertem Personal, das auf ihre Bedürfnisse Rücksicht nimmt, in Anspruch nehmen können. Gewalt und Misshandlungen müssen verhindert und bestraft werden. Dieses Recht führt den Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung, insbesondere Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Alter, genetischer Merkmale, Sprache, Religion oder anderer Überzeugungen, Behinderung oder sexueller Orientierung mit sich.

Das Recht auf aktives Altern und soziale Mitbestimmung

Der Staat muss eine sichere Gesellschaft garantieren, die Solidarität übt – durch effiziente Dienstleistungen, das Fördern des sozialen Zusammenhalts und der BürgerInnenbeteiligung im gesellschaftlichen Leben und der Stärkung sozialer Beziehungen.

Dazu gehört, dass ältere Menschen das Recht haben in sicheren und friedlichen Gegenden zu wohnen, besonders in Zeiten in denen Migration und sozialer Verfall zunehmen. Diesen Themen muss mit Normen zum gesellschaftlichen Zusammenleben begegnet werden, die die Gefahren des Rassismus und der Xenophobie bannen. PensionistInnen und ältere Menschen haben Anspruch über soziale Rechte und Entwicklungen in der entsprechenden Gesetzgebung informiert zu werden und an den nationalen und europäischen Entscheidungsprozessen aktiv teilzunehmen.

Die Europäischen Institutionen und Mitgliedsstaaten müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um ihnen das Recht auf derartige Mitsprache zu ermöglichen. Auch müssen sie es der Gewerkschaft (EGB und FERPA) ermöglichen einerseits angehört zu werden und andererseits auf nationaler und europäischer Ebene die spezifischen Belange dieser gesellschaftlichen Gruppe verhandeln zu können. Es muss verhindert werden, dass gänzlich andere Organisationen dieses Vertretungsrecht usurpieren.

Die freiwillige Arbeit pensionierter Menschen muss wahrgenommen und geschätzt werden, sowohl als soziale Ressource, als auch als Ausdruck der Solidarität zwischen den Generationen. FERPA begrüßt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Europäischen Kommission, das Jahr 2012 diesen Themen zu widmen und bittet darum, in die Vorbereitungsarbeit eingebunden zu werden und beteuert die volle Bereitschaft des Verbandes zur Mitwirkung.

Das Recht auf Wohnen

Alle pensionierten und älteren Menschen haben ohne Diskriminierung Anspruch auf angemessenes, sicheres und leistbares Wohnen. Die Gesellschaft muss den ärmsten

Menschen akzeptable Bedingungen bieten und das Einkommen und die Lebensbedürfnisse berücksichtigen, sowohl für jene, die alleine leben als auch für Familien.

Das Recht auf öffentliche Dienstleistungen

Der Staat muss allen BürgerInnen erschwingliche Dienstleistungen beruhend auf dem Allgemeinwohl, der Transparenz, der Kontinuität, der demokratischen Kontrolle, der Solidarität und der Gleichbehandlung der NutzerInnen garantieren.

Dem „Recht auf Mobilität“ für ältere Menschen, die oftmals von Isolation und Marginalisierung gefährdet sind, muss besonderes Augenmerk gewidmet werden.

Jedem Menschen muss der Zugang zu Wasser und Energie, zu leistbaren Preisen und subventioniert falls nötig, gewährleistet sein.

Die negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre in Hinblick auf die Wirtschaftstheorien des Liberalismus und des unregulierten Marktes müssen die nationalen und europäischen Institutionen zu Reformen veranlassen.

Es sollten europäische Regelungen in Bezug auf Dienstleistungen im Interesse der Allgemeinheit eingeführt werden. Die Europäische Union muss sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten das öffentliche Interesse dieser Dienstleistungen wahren, seien sie nun öffentlich oder privat geführt.

Das Recht auf eine Pension

Alle PensionistInnen haben Anspruch auf eine angemessene Pension, die mittels ausreichender jährlicher Indexierung ihre Kaufkraft aufrechterhält. Alle Staaten müssen das gesetzliche Pensionsalter und/oder die Beitragsjahre festlegen, auf deren Grundlage man Anspruch auf eine Pension hat. Die Entscheidung über ein Finanzierungs- und Berechnungssystem der Pensionen muss auf jedem Fall das Ergebnis von **Dialog und Verhandlungen der Sozialpartner** sein.

Wie dem auch sei, haben alle pensionierten und älteren Menschen Anspruch auf ein aus öffentlichen Geldern finanziertes Mindesteinkommen über der Armutsgrenze, dass ihnen ein würdevolles Leben ermöglicht.

Das Recht auf Gesundheit

Alle älteren Menschen müssen entweder zuhause, in einer Einrichtung oder in einem Krankenhaus Zugang zu Pflege haben. In diesem Zusammenhang hält es FERPA für wichtig, dass öffentlicher Gesundheitszugang und öffentliche Gesundheitsfinanzierung gewährleistet sind und gegenüber privaten Unternehmungen bevorzugt werden.

Der Zugang zu gesundheitlicher Behandlung muss sichergestellt sein und im Falle rasch bereitgestellt werden können. Auf dem Gebiet der Gesundheit müssen u.a. die Entwicklung der Präventivmedizin und der Früherkennung und die Anwendung neuer Therapieformen Priorität haben.

Eines der vorrangigen Ziele von FERPA ist die Bereitstellung von medizinischer Betreuung für abhängige Personen durch öffentliche Gesundheitssysteme. Die Rechte und Freiheiten aller abhängigen Personen, sowie ihr Platz in ihrer gewohnten Umgebung und der Kontakt mit anderen Generationen, müssen im Rahmen des Respekts vor Verschiedenheiten gewahrt werden.

Der Staat muss die Qualität der Dienstleistungen durch Kooperation mit den lokalen Gemeinden gewährleisten. Es ist unerlässlich, dass die Arbeit der Leistungsträger anerkannt wird. FERPA untersucht (und liefert Informationen über) die unterschiedlichen Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen der europäischen Länder mit der Absicht, überall die beste Absicherung und die besten Leistungen zu fordern.

Das Recht auf Ausbildung

Jeder Mensch hat das Recht auf lebenslange Ausbildung, selbst nach der Pensionierung, um den Umgang mit neuen Technologien zu erlernen und neue Formen der sozialen Ausgrenzung zu verhindern.

Europäische Geldmittel müssen auch zur Unterstützung von Bildungsinitiativen und Bildungsprogrammen für PensionistInnen und ältere Menschen bereitstehen. Freiwillige Maßnahmen müssen begünstigt und gefördert werden. FERPA muss weiterhin Versuche erarbeiten und unterstützen, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und die Partizipation im gesellschaftlichen Leben anbieten und auch das Verhältnis der Generationen berücksichtigen.

Die sozioökonomische Situation der PensionistInnen in Europa in Hinblick auf die gegenwärtige Krise

Die Finanz- und Sozialkrise, die im Laufe des vergangenen Jahres entstanden ist, hat eine Krise in der Gesellschaft mit steigenden Arbeitsplatzverlusten, Entlassungen, Sozialplänen und Arbeitsplatzunsicherheit beschleunigt.

Auch PensionistInnen, deren Einkommen in den vergangenen Jahren durch die Inflation erodiert ist, stehen vor weiteren Einsparungen im Sozialbereich, die einen Verfall ihres Lebensstandards zur Folge haben und die Zahl derer, die gezwungen sind unter der Armutsgrenze zu leben, stark ansteigen lassen wird.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat, unterstützt durch seine Mitgliedsgewerkschaften, eine bedeutende politische Initiative ergriffen und die Gremien des EGB haben angemessene und wirksame Vorgehensweisen und Maßnahmen gegen die Verschärfung der sozialen Probleme durch die Wirtschafts- und Finanzkrise skizziert. Um das Bewusstsein von Regierungen und Öffentlichkeit in Hinblick auf die schwierige Situation von älteren Menschen und PensionistInnen zu stärken, unterstützt FERPA die gewerkschaftlichen Aktionstage des EGB für einen „Neuen Sozialpakt“ und zur Verteidigung der Rechte der ArbeitnehmerInnen und der PensionistInnen in verschiedenen europäischen Städten.

Zu diesem Zweck ruft FERPA seine Mitglieder dazu auf, bereit zu sein und, in Abstimmung mit den jeweiligen nationalen Gewerkschaftsdachverbänden, welche Formen der Unterstützung und der Gewerkschaftsaktionen auch immer als zweckmäßig und notwendig erachtet werden, umzusetzen.

Spezifische Aspekte in Bezug auf Frauen

Die PensionistInnen und ältere Menschen von FERPA verlangen die Gleichheit von Mann und Frau zu respektieren.

Diskriminierungen von Frauen müssen in allen Ländern der Europäischen Union abgeschafft werden, auch in Hinblick auf Löhne und Gehälter. Studien zufolge sind die Pensionen von Frauen durchschnittlich um 15% niedriger als die Pensionen der Männer. Recherchen von FERPA zeigen auf, dass Alleinerzieherinnen und Frauen älterer Generationen besonders betroffen sind.

Der durchschnittliche Einkommensunterschied zwischen Männer und Frauen weist bedeutende nationale und regionale Unterschiede auf, die in Widerspruch zum Ziel der Europäischen Union in Hinblick auf den sozialen und territorialen Zusammenhalt stehen. Die Diskrepanz bei den Pensionen stammt von den anhaltenden Einkommensunterschieden zum Zeitpunkt des Pensionsantritts.

Es ist von größter Wichtigkeit soziale und politische Gesichtspunkte in der Arbeitsmarktpolitik zu vereinen, um die Gleichheit von Mann und Frau nicht nur auf dem Gebiet der Einkommen, sondern auch hinsichtlich der sozialen Absicherung zu gewährleisten. Nationale und europäische Gesetze müssen gemeinsam Zielen, wie zum Beispiel Lebensqualität für ältere Frauen, dienen. Die von Frauen geleistete familiäre Pflege muss auch als „Arbeit“ anerkannt werden. Um effektiver zu werden, muss das FERPA-Exekutivkomitee, sofern möglich, regelmäßig die Arbeitsgruppe und das Frauenkomitee einberufen, um die Aufgaben zielgerichteter erfüllen zu können und um Initiativen für pensionierte Frauen zu ergreifen.

Die politische Rolle von FERPA und das Verhältnis zum EGB und den Institutionen

FERPA ist fest davon überzeugt, dass das Hauptanliegen der Nationalstaaten und der Europäischen Union in der Verteidigung des sozialen Wohlbefindens aller BürgerInnen liegen muss; teilweise durch Pensions- und Wohlfahrtssysteme, vor dem Hintergrund, dass Europa bereits heute mehr als 80 Millionen über 65jährige zählt und diese Zahl in Zukunft noch zunehmen wird.

Wenn das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine Führungsrolle einnehmen wollen und unter den Regierungen Bewusstsein hierfür schaffen wollen, dann muss dem Europäischen Verband der Rentnerinnen und Rentner und älteren Menschen (FERPA) zentrale Aufmerksamkeit zukommen. FERPA vereint die gewerkschaftlichen und demokratisch gewählten VertreterInnen von PensionistInnen und älteren Menschen, um ihren Stimmen in den verschiedenen Ländern durch unterschiedliche Organisationen Gehör zu verschaffen.

Die Gelegenheit der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament muss genutzt werden, um den politischen Parteien und EinzelkandidatInnen, Einsicht in die Belange älterer Menschen zu geben und um FERPA als Stimme und Vertretung von älteren ArbeitnehmerInnen zu festigen.

Zu diesem Zweck beabsichtigt FERPA mit und innerhalb des EGB zu arbeiten, in dem Wissen, dass potentielle Synergien, nicht nur beschäftigte ArbeitnehmerInnen, sondern auch PensionistInnen und junge Menschen die die Arbeitswelt erst betreten stärken, kann – in wechselseitiger Solidarität zwischen den Generationen, die eine Grundlage moderner Gewerkschaftspolitik darstellt.

FERPA ist sich der komplexen und schwierigen Angelegenheiten in der europäischen Gewerkschaftsbewegung bewusst, ist aber entschlossen Initiativen wie Protestaktionen zu ergreifen, um die Ziele in dieser Abschlusserklärung zu verwirklichen.

FERPA bittet um Teilnahme in allen Ausschüssen und Arbeits- und Diskussionsgruppen innerhalb des EGB zu diesen Themen und um Beteiligung in Verhandlungen und Konsultationen zu Fragen von Altern und sozialer Verhältnisse.

Ziel ist, dem EGB und seinen angeschlossenen Gewerkschaftsdachverbänden gewerkschaftliche Erfahrung und Expertise zugänglich zu machen. Ziel ist auch eigene Beiträge in die Diskussion von Problemen einfließen zu lassen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die volle statutarische Einbindung von FERPA, durch die Anerkennung der Stimmrechte von FERPA im EGB-Exekutivkomitee bleibt unerlässlich. Dennoch ruft FERPA den EGB dazu auf, selbst größeres Engagement in der Verteidigung der Rechte und Forderungen von PensionistInnen zu zeigen und gemeinsam mit FERPA die Rechte von älteren Menschen in Europa zu verteidigen und zu vertreten und auch alle Mitgliedsgewerkschaften dazu aufzurufen, dasselbe innerhalb sowohl nationaler Institutionen wie auch EU-Institutionen zu tun.